



## **Factsheet: Umweltpolitische Digitalagenda**

### **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

Schon in wenigen Jahren könnte die Digitalbranche weltweit mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen als der PKW-Verkehr. Wird die Digitalisierung damit zum Klimaproblem? Oder ist Digitalisierung richtig eingesetzt der Schlüssel für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit? Mit der Umweltpolitischen Digitalagenda legt das Bundesumweltministerium konkrete Maßnahmen vor, mit denen die Digitalisierung klimafreundlich gestaltet, für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt genutzt werden kann. Zugleich identifiziert die Agenda digitale Möglichkeiten für eine effektivere Umweltpolitik.

Bereits auf der re:publica 2019 hatte die Bundesumweltministerin Eckpunkte für die Digitalagenda vorgestellt und damit einen breiten Beteiligungsprozess eröffnet. In einer dreiwöchigen #umwelt.werkstatt erarbeitete das BMU mit rund 200 Fachleuten die Agenda. Sie beinhaltet mehr als 70 konkrete Maßnahmen, mit denen sich die Digitalisierung umweltfreundlich gestalten lässt.

#### **Die insgesamt 70 Maßnahmen der Umweltpolitischen Digitalagenda:**

- reduzieren den Energiebedarf und den Ressourcenverbrauch digitaler Technologien,
- sorgen für mehr Transparenz bei Verbraucher\*innen und Industrie,
- fördern Innovationen im Sinne des sozial-ökologischen Umbaus,
- digitalisieren die Umweltpolitik.

#### **Zentral sind folgende fünf Maßnahmen:**

##### **Längeres Leben für digitale Endgeräte / Garantieaussagepflicht:**

*Geräte wie Smartphones und Tablets müssen nachhaltiger werden. Durch die Erweiterung der europäischen Herstellerpflicht zu Aussagen über die garantierte Lebensdauer von digitalen elektronischen Produkten, sollen Hersteller in den Wettbewerb um das haltbarste Produkt treten. Produkte sollen durch verbindliche Regelungen für Updates, Ersatzteile, sowie herstellerübergreifenden Lösungen zum Austausch von Akkus, Displays und weiteren Hardwarekomponenten nachhaltiger werden. Geregelt werden könnte dies über die EU-*

*Ökodesign-Richtlinie. Hierfür sollte sich die Bundesregierung im Rahmen der Ratspräsidentschaft einsetzen.*

### **Bessere Informationen im Online-Handel:**

*Vor allem beim Online-Einkauf kommt es darauf an, Informationen für eine nachhaltige Kaufentscheidung nutzerfreundlich verfügbar zu machen. Nachhaltigkeitsaspekte sollten bereits in den Such- und Entscheidungsprozess verankert werden. Hierzu könnten die Marktplätze dazu bewegt werden, umweltrelevante Produktinformationen und Nachhaltigkeitslabel anzugeben, Nachhaltigkeitskriterien in den Such- und Auswahlalgorithmen zu berücksichtigen oder ihren Nutzern mit einem Filter die Suche nach nachhaltigen Produkten zu vereinfachen.*

### **Einführung eines Digitalen Produktpasses:**

*Der digitale Produktpass ist ein Datensatz, der die Komponenten, Materialien und chemischen Substanzen oder auch Informationen zu Reparierbarkeit, Ersatzteilen oder fachgerechter Entsorgung für ein Produkt zusammenfasst. So können Verbraucher\*innen, Industrie und Abfallwirtschaft nachhaltiger handeln. Das BMU unterstützt hierzu die Initiative der EU-Kommission im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, einen digitalen Produktpass zu entwickeln. So einen Pass könnte es für verschiedene Produktgruppen geben, auch Lebensmittel. Zunächst liegt der Fokus aber auf Informations- und Kommunikationstechnik.*

### **Umweltfreundlicheres Medien-Streaming:**

*Vorgaben sollen geprüft werden, um hohe Datenraten beim Streaming von Medien (insbesondere Videos) zu begrenzen. Diese könnten zum Beispiel umfassen, Rechenzentren mit 100 Prozent Ökostrom zu betreiben und die Abwärme sinnvoll zu nutzen. Sie sollten auch umfassen, das Autoplay standardmäßig zu deaktivieren, und Videos nur in der Qualität anzubieten, die zum Endgerät passt und vom menschlichen Auge überhaupt wahrnehmbar ist. Die Anbieter sollten auch Duplikate vermeiden, denn viele Videos liegen tausendfach identisch auf den Servern. Eine schnelle Lösung wäre eine Selbstverpflichtung der Plattformbetreiber. Mittelfristig braucht es zudem verbindliche Vorgaben für die Energie- und Ressourceneffizienz von Rechenzentren als Voraussetzung u. a. für umweltfreundliches Streaming.*

### **Digital Innovation Hub for Climate:**

*Eine mutige Umwelt- und Klimaschutzpolitik bedarf Innovationen. Neue Technologien und Technik alleine sind aber noch kein Fortschritt, Innovationen kein Selbstzweck. Digitale Lösungen für den Klimaschutz sollen durch den Aufbau eines „Hub of Hubs“-Netzwerks sowie einer Anlauf-, Beratungs- und Vernetzungsstelle für Gründerinnen und Gründer, den*

*Mittelstand und etablierte Unternehmen im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 entwickelt werden.*

**212 Beteiligte ExpertInnen / AkteurInnen** in der #umweltwerkstatt für die Erarbeitung der Agenda

**72 Maßnahmen**, aufgeteilt in...

25 Maßnahmen, die bereits auf den Weg gebracht sind

25 Maßnahmen, die neu initiiert werden

22 Maßnahmen, die als Nächstes entwickelt werden

### **Impulse für die EU-Ratspräsidentschaft**

Ab dem 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU). Die Bundesumweltministerin möchte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, neue Impulse bei Umweltschutz und Digitalisierung zusetzen.

**Alle weiteren Informationen finden Sie online:**

[www.bmu.de/digitalagenda](http://www.bmu.de/digitalagenda)